

## Tarifverhandlungen Postbank: ver.di fordert Kündigungsschutz

Die Tarifverhandlungen zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und den Arbeitgebern der Postbankunternehmen werden am Montag, dem 4. September in Berlin fortgesetzt. ver.di fordert für die Beschäftigten bei der Postbank vor allem Kündigungsschutz. Dieser hat durch die Integrationspläne der Deutschen Bank eine besondere Bedeutung bekommen. Verhandelt wird

für rund 18.000 Beschäftigte bei der Postbank, Postbank Filialvertrieb sowie der BHW-Gruppe und weiterer Tochterunternehmen (Betriebscenter für Banken, PB Service, PB Direkt, BHW KSG, PB Firmenkunden AG) in Bonn.

Bei den Verhandlungen wird es um die Verlängerung des Kündigungsschutzes bis Ende 2022, eine Gehaltsanhebung von 5 Prozent

und die überproportionale Anhebung der Ausbildungsvergütungen gehen.

ver.di hatte bereits 2015 den Kündigungsschutz mit Streiks bei der Postbank durchsetzen können. Der damals vereinbarte Kündigungsschutz ist am 30. Juni 2017 ausgelaufen.

"Gerade mit Blick auf die anstehende Integration der Postbank in die Deutsche Bank ist der Kündigungsschutz außerordentlich wichtig", kommentiert ver.di-Verhandlungsführer Jan Duscheck den von ver.di gesetzten Schwerpunkt der Tarifverhandlungen.

Neben der Integration verweist ver.di auch auf die andauernden Umbrüche der Bankenbranche. Deshalb möchte ver.di in den Tarifverhandlungen auch ins Gespräch über einen Zukunftstarifvertrag kommen. Dieser soll die Postbank auf die zukünftigen Herausforderungen der Branche vorbereiten und den Beschäftigten eine sichere Basis schaffen. Neben einer Standortabsicherung bringt ver.di hier Regelungsvorschläge zu den Themen Arbeitszeit, mobiles Arbeiten und Weiterbildung in die Gespräche ein. "Wir wollen für die Beschäftigten eine sichere Ausgangsbasis für die anstehenden Veränderungen schaffen und die Zukunft der Postbank mitgestalten", betont Duscheck.

Die dritte Verhandlungsrunde findet am 25./26. September 2017 in Siegburg bei Bonn statt.

